

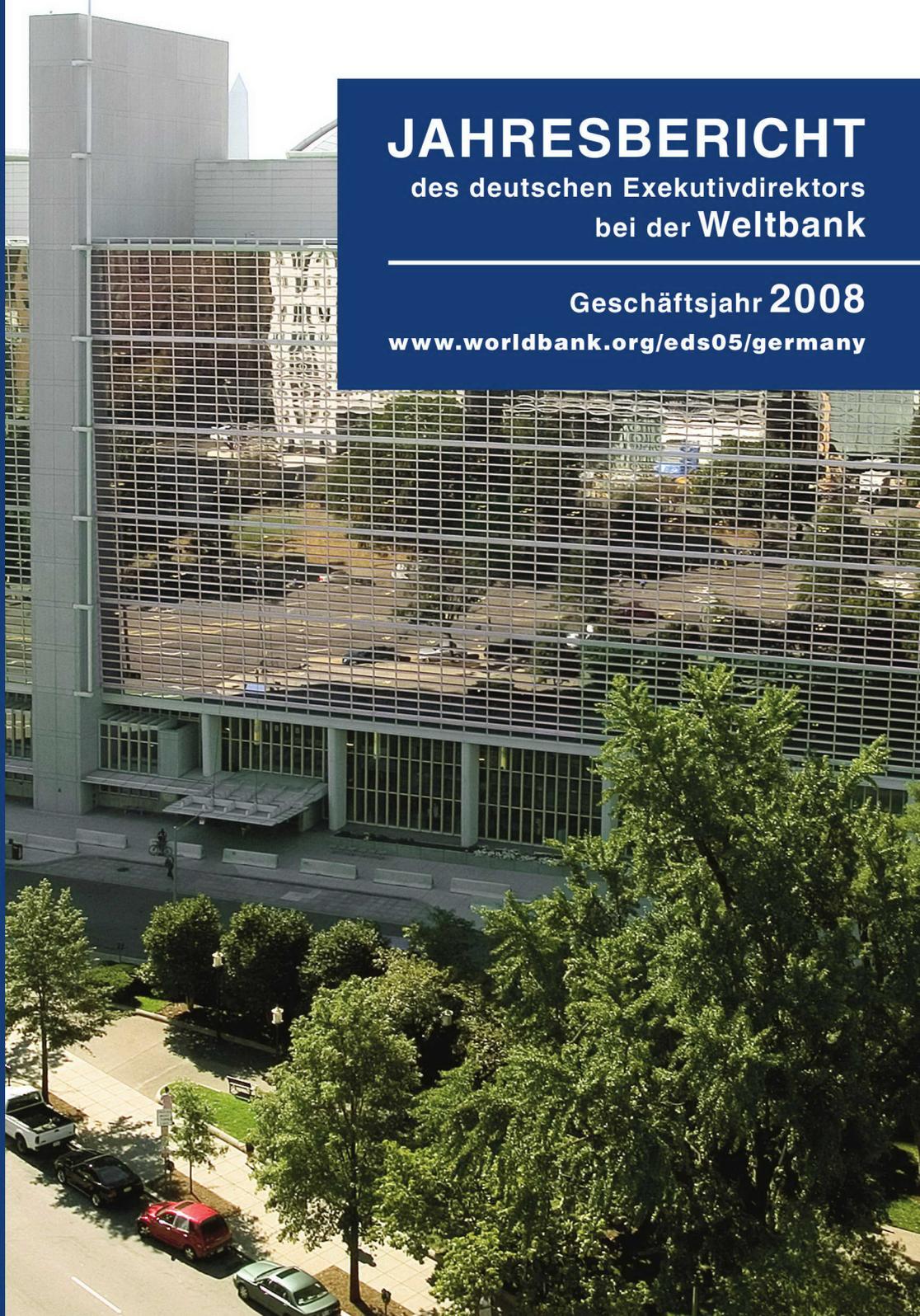


THE WORLD BANK GROUP



Office of the German Executive Director
Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109
Room Number MC 11-125
The World Bank Group
1818 H Street, N.W.
Washington, D.C. 20433
U. S. A.

Jahresbericht des deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank 2008



JAHRESBERICHT

des deutschen Exekutivdirektors
bei der Weltbank

Geschäftsjahr 2008

www.worldbank.org/eds05/germany

THE WORLD BANK GROUP



Office of the German Executive Director

Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109

Room Number MC 11-125

The World Bank Group

1818 H Street, N.W.

Washington, D.C. 20433

U.S.A.

Tel. (202) 458-1183 • Fax (202) 477-7849

E-Mail: mhofmann@worldbank.org

Internet: www.worldbank.org/eds05/germany

Redaktion: Uwe Gehlen und Julia Jeffrey



Michael Hofmann
Exekutivdirektor

Washington DC, im September 2008

Ein Jahr nach dem Wolfowitz-Rücktritt ist die Weltbank dank Robert Zoellick wieder auf gutem Kurs. Der neue Weltbank-Präsident hat die internen Wogen geglättet und das hochkarätige Personal motiviert, neue Herausforderungen anzunehmen. Angesichts der Krise auf den Finanzmärkten und der gravierenden Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Erdöl konnte die Weltbank ihre Reaktionsfähigkeit beweisen. Sie hat die internationale Problemlage rechtzeitig erkannt und Programme entwickelt, die den Partnerländern kurzfristig helfen. Gleichzeitig wurden längerfristige Aufgaben in den Bereichen Landwirtschaft und Energie angepackt.

Weil Erfolge in der Armutsbekämpfung spürbar durch den Klimawandel gefährdet sind, bemühte sich die Weltbankgruppe, ihr Wissen über die Zusammenhänge von Entwicklung und Klima zu verbreitern. Ein Rahmenwerk zur Minderung und Anpassung an den Klimawandel wurde erarbeitet und wird auf der Jahrestagung 2008 verabschiedet. So wird die Weltbank zunehmend zu einer Plattform und einem wichtigen Akteur bei der Bereitstellung von globalen öffentlichen Gütern.

Das erste Jahr unter dem neuen Präsidenten war auch geschäftlich erfolgreich, da die Gesamtsumme an Darlehen, Zuschüssen, Beteiligungen, Investitionen und Garantien gestiegen ist. Zudem

wurde IDA15 (die Auffüllungsrunde der Internationalen Entwicklungsbank) mit hohen Zusagen abgeschlossen. Die Überschüsse im Kreditgeschäft von IBRD und IFC ermöglichten beachtliche eigene Beiträge an IDA zugunsten der ärmsten Länder und eine Senkung der Zinsen der IBRD zugunsten der Länder mittleren Einkommens.

Trotz ihrer hohen Leistungsfähigkeit bleibt die Weltbank in der Kritik, weil die Entwicklungserfolge hinter zu optimistischen Erwartungen zurückbleiben. Die schiere Größe der Weltbankgruppe – im Vergleich zu regionalen und bilateralen Gebern – an Personal und Finanzmitteln verführen ab und an zu Omnipotenzgehebe. Allerdings hat die Weltbank erkannt, dass sich ihre Rolle im Konzert selbstbewusster Kunden, neuer Geber und zahlreicher vertikaler Fonds verändern muss. Mehr Bescheidenheit, eine selektive Ausrichtung sowie eine bessere Koordinierung und Harmonisierung der Verfahren werden erwartet und sind mit Blick auf die sich abzeichnende Arbeitsteilung in der Entwicklungszusammenarbeit geboten. Die Weltbankgruppe gehört in der Regel zu den Ersten, die angesichts neuer Herausforderungen gerufen wird, ist aber nicht immer zwangsläufig der richtige Hauptakteur. Es ist eine wichtige Aufsichtsfunktion, innerhalb der Weltbank die Balance zu finden zwischen der begrenzten Leistungsfähigkeit und grenzenlosen Anforderungen. Zweifellos bleibt die Weltbank wichtig; denn sie hat weiterhin viel zu bieten, um nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Dieser Jahresbericht soll einen Einstieg in die Arbeit der Weltbankgruppe ermöglichen. Weil sich die Mediennutzung verändert hat, wurde der Umfang dieser Broschüre schmal gehalten, dafür aber die Internetseite des deutschen Exekutivbüros bei der Weltbank durch Links zu weiterführenden Informationen ausgebaut (www.worldbank.org/eds05/germany).

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	vii
1 Die Weltbankgruppe auf einen Blick	1
2 Weltbank/IWF Jahres- und Frühjahrstagung	11
3 Deutsche Schwerpunktthemen in der Weltbank	15
3.1 Klimawandel	16
3.2 Anstieg der Nahrungsmittel- und Erdölpreise	17
3.3 Umsetzung des Weltbank Gender-Aktionsplans	22
3.4 Neuordnung der Stimm- und Beteiligungsrechte	26
3.5 Welteentwicklungsbericht 2009 – „Reshaping Economic Geography“	27
4 Deutsche in der Weltbank	33
4.1 Deutsches Personal in der Weltbankgruppe	33
4.2 Kontakte mit Parlamenten und Zivilgesellschaft	37
4.3 Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft	38

5	Weltbankgruppe – Geschäftstätigkeit 2008	39
5.1	IBRD	39
5.2	IDA	40
5.3	IFC	40
5.4	MIGA	42
5.5	Treuhandfonds und weitere Aktivitäten	43
Anlagen		47
1	Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in 2007 und 2008	47
2	Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in 2007 und 2008	48
3	IFC-Geschäftstätigkeit in 2007 und 2008	49
4	Neu vergebene MIGA-Garantien (brutto) in 2007 und 2008	50
5	Nützliche Links	51
6	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des deutschen Weltbankbüros	52

Abkürzungsverzeichnis

AC	Audit Committee
BC	Budget Committee
BFIO	Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen
CAS	Country Assistance Strategy
CAP	Country Partnership Strategy
CODE	Committee on Development Effectiveness
COGAM	Committee on Governance and Executive Directors Administrative Matters
DC	Development Committee
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization
GAP	Gender-Aktionsplan (der Weltbank)
GEF	Global Environment Facility
GFPR	Global Food Crisis Response Program
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes
IDA	International Development Association
IFC	International Finance Corporation
IFPRI	International Food Policy Research Institutes

IWF	Internationaler Währungsfonds
LIBOR	London Interbank Offered Rate
MDG	Millennium Development Goals
MICs	Middle Income Countries
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
SFCCD	Strategic Framework for Climate Change and Development
US\$	United States Dollar
VN	Vereinte Nationen
WFP	World Food Programme

1

Die Weltbankgruppe auf einen Blick

Im **Geschäftsjahr 2008** (Juli 2007 bis Juni 2008) hat die Weltbankgruppe **US\$ 38,2 Mrd. an Darlehen, Zuschüssen, Beteiligungen, Investitionen und Garantien** an ihre Mitglieder und private Investoren in den Mitgliedstaaten vergeben. Damit ist die Weltbankgruppe als global aktive multilaterale Entwicklungsbank einer der weltweit größten entwicklungspolitischen Akteure. Dies gilt nicht nur in finanzieller Größenordnung, sondern zugleich als Ressource für Wissen und Information in nahezu allen entwicklungsrelevanten Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, guter Regierungsführung oder Klimaschutz.

Hauptaufgabe der Bank ist die **Verringerung der Armut** in Entwicklungsländern (jährliches Pro-Kopf-Einkommen unter US\$ 1.095) sowie Schwellen- und Transformationsländern (jährliches Pro-Kopf-Einkommen zwischen US\$ 1.095 und US\$ 5.300).

Die Weltbankgruppe ist eine **Kreditgenossenschaft** mit fünf Mitgliedsorganisationen:

- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
- Internationale Finanz-Corporation (IFC)
- Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (MIGA)
- Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID)

Die Weltbankgruppe hat über 11.000 Beschäftigte aus 161 Herkunftsländern. Neben der Zentrale in Washington unterhält die Weltbankgruppe Länderbüros in nahezu 120 Staaten weltweit, in denen etwa ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeitet. Arbeitssprache der Bankengruppe ist Englisch.

Mit dieser starken **Präsenz vor Ort** verbindet sich eine koordinierende Aufgabe mit Partnerregierungen, bilateralen Gebern, thematischen Fonds und Stiftungen.

Die 185 Anteilseigner der Weltbankgruppe werden durch die **Gouverneurinnen** und **Gouverneure** vertreten. In der Regel sind dies die Finanz- oder Entwicklungsminister der Mitgliedsländer. Sie treffen zweimal jährlich zur Frühjahrstagung und zur im Herbst stattfindenden Jahrestagung von IWF und Weltbank im Entwicklungsausschuss („*Development Committee*“, DC) zusammen.



Jahrestagung 2007 – Tagung des Entwicklungsausschusses

Das reguläre Tagesgeschäft wird durch das **Exekutivdirektorium** („**Board**“) verantwortet. In ihm sind die Mitgliedstaaten durch 24 Exekutivdirektoren vertreten. Diese stehen jeweils in engem Kontakt mit ihren Regierungen und vertreten deren Positionen. Als Mitglieder des Board tragen sie zugleich die Gesamtverantwortung für die Bank. Die acht größten Anteilseigner der Weltbank (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, China, Saudi-Arabien und Russland) ernennen jeweils einen eigenen Exekutivdirektor. Die übrigen 16 Exekutivdirektoren werden von den anderen Mitgliedstaaten in Stimmrechtsgruppen gewählt. Beispielsweise vertritt der indische Exekutivdirektor zugleich Bangladesch, Bhutan und Sri Lanka. Die 47 afrikanischen Staaten südlich der Sahara werden von nur zwei Exekutivdirektoren vertreten. Gegenwärtig wird aber über die Einrichtung eines zusätzlichen afrikanischen Sitzes verhandelt. Informeller Vermittler zwischen dem Exekutivdirektorium und dem Präsidenten ist der dienstälteste Exekutivdirektor („**Dean**“).

Der Board ist im Auftrag der Gouverneure für die **Geschäftstätigkeit der Weltbank** verantwortlich. Er diskutiert über die im Namen des Weltbank-Präsidenten vorgelegten Strategien, entscheidet über das Budget und prüft und genehmigt jedes einzelne Darlehen oder Projekt. Außerdem legt das Direktorium den Gouverneuren zur jährlichen Jahrestagung eine Kontenprüfung, ein Budget und einen Jahresbericht über das operative Geschäft und die Politiken der Bank vor.

Formal verfügen vier der Mitgliedsorganisationen der Weltbankgruppe (IBRD, IDA, MIGA und IFC) jeweils über einen eigenen Board, in dem die Exekutivdirektoren in Personalunion ihr Stimmrecht ausüben. Die Stimmrechtsverteilung ist bei jeder Institution entsprechend ihrem Auftrag unterschiedlich angelegt. Überwiegend folgt sie dem Prinzip, dass die Höhe des Kapitalanteils des jeweiligen Anteilseigners das **Stimmgewicht** bestimmt. Dies ist jedoch nur von eingeschränkter Bedeutung, da der Board den größten Teil seiner Entscheidungen einvernehmlich trifft.

Der Board tritt wöchentlich an zwei Tagen (Dienstag und Donnerstag) unter Leitung des Präsidenten der Weltbankgruppe

zusammen, der auch die Tagesordnung bestimmt. Entscheidungen des Direktoriums werden in fünf ständigen **Fachausschüssen** vorbereitet, die sich jeweils aus acht Exekutivdirektoren mit ausgeglichener regionaler Verteilung zusammensetzen. Den Vorsitz der Ausschüsse führt, anders als im Board, nicht das Management der Bank, sondern jeweils ein Exekutivdirektor. Diese Ausschüsse sind gegenwärtig:

- Rechnungsprüfungsausschuss (*Audit Committee, AC*)
- Haushaltsausschuss (*Budget Committee, BC*)
- Ausschuss zur Effektivität der Entwicklungsarbeit der Weltbank (*Committee on Development Effectiveness, CODE*)
- Ausschuss für Personalfragen (*Personal Committee, PC*)
- Ausschuss für Verwaltungsfragen und administrative Angelegenheiten der Exekutivdirektoren (*Committee on Governance and Executive Directors Administrative Matters, COGAM*)

Die praktische Umsetzung der Beschlüsse des Board wie auch die Steuerung des Personals der Bankengruppe verantwortet der **Präsident**. Er wird vom Exekutivdirektorium für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Dabei folgte das Direktorium traditionell dem Vorschlag der USA als größtem Anteilseigner der Bank. Seit 1. Juli 2007 ist Robert B. Zoellick Präsident der Weltbankgruppe. Die zweite Ebene des **Weltbankmanagements** stellen Geschäftsführer (*Managing Directors*). Die dritte Führungsebene bilden Vizepräsidenten, zuständig für die Weltregionen (Subsahara-Afrika, Ostasien/Pazifik, Europa/Zentralasien, Lateinamerika/Karibik, Mittlerer Osten/Nordafrika, Südasien), thematische Bereiche (z. B. Infrastruktur, Privatsektorentwicklung) oder administrative Funktionen (z. B. Leitung der Personalabteilung, der Rechtsabteilung, des Controlling usw.).

Wie andere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit steht auch die Weltbank vor der Herausforderung, länderspezifisches Wissen und fachlich-sektorales Know-how zusammenzuführen. Vergrößert wird diese Herausforderung durch die Größe des Personals, die Präsenz der Bank in rund 120 Ländern und die thematische Vielfalt der Aktivitäten. Die Weltbank hat sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre für eine **Matrix-Organisation** entschieden.

Das bedeutet, dass die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer oder für eine Regionalabteilung arbeiten, fachlich aber einem abteilungsübergreifenden „Netzwerk“ angehören.

Die Institutionen der Weltbankgruppe im Einzelnen:

**Internationale Bank für Wiederaufbau und
Entwicklung / International Bank for
Reconstruction and Development (IBRD)**



Die IBRD wurde gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1944 in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire gegründet. Deutschland ist im Jahr 1952 beigetreten und verfügt gegenwärtig über einen Stimmrechtsanteil von 4,49%. Derzeit sind 185 Länder Anteilseigner. Die IBRD vergibt **zinsgünstige Darlehen** mit einer Laufzeit von 15–20 Jahren zu **marktnahen Konditionen** (LIBOR plus 0,05%, das war im Zeitraum 2007/2008 ein Jahreszins von ca. 3–5%). Die Mittel für diese Darlehen nimmt die Weltbank durch Ausleihungen am Kapitalmarkt auf.

Gründungszweck der IBRD war der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur nach dem Zweiten Weltkrieg. Erster Kreditnehmer der Weltbank war Frankreich, das im Jahr 1947 ein Darlehen über US\$ 250 Mio. erhielt. Auch der Bau des japanischen Hochgeschwindigkeitszuges „Shinkansen“ wurde Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre durch Weltbankdarlehen mitfinanziert. Heutige Kunden der IBRD sind **Schwellenländer bzw. Mitteleinkommensländer** (*Middle Income Countries, MIC*) mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen US\$ 1.095 und US\$ 5.300 pro Jahr.

Einen Höhepunkt erreichte die Kreditvergabe der IBRD zuletzt während der Asienkrise Ende der 1990er Jahre. Seitdem ist die Nachfrage nach IBRD-Krediten stark gesunken, bedingt durch die hohe Liquidität der internationalen Kapitalmärkte und einen Anstieg der privaten Kapitalflüsse in Schwellenländer. Seit sechs Jahren übersteigen die Rückzahlungen der Entwicklungsländer die Neuzusagen erheblich. Dies ermöglicht es, Mittel der IBRD in erheblichem Maße für die Finanzierung der IDA einzusetzen.

Internationale Entwicklungsorganisation / International Development Association (IDA)



Die 1960 gegründete IDA vereint 167 Mitgliedstaaten. Deutschland ist Gründungsmitglied und mit einem Stimmrechtsanteil von knapp 6,5% nach den Vereinigten Staaten und Japan der drittstärkste Anteilseigner der IDA. Zur jüngsten (15.) Wiederauffüllung hat es 7% beigetragen – Deutschland liegt damit hinter Großbritannien, den USA und Japan an vierter Stelle. Die IDA soll die Lebensstandards in ihren Partnerländern anheben, indem sie besonders günstige („konzessionäre“) Finanzierungsleistungen gewährt, um ihre Produktivität zu steigern und die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Die IDA sagt, mit steigender Tendenz, jedes Jahr über US\$ 10 Mrd. zu und ist damit der größte multilaterale Anbieter konzessionärer Finanzierungsleistungen für **Länder mit geringem Pro-Kopf-Einkommen**.

Die IDA unterstützt derzeit 80 Partnerländer, deren Pro-Kopf-Einkommen in 2007 entweder US\$ 1.095 nicht überschritt oder die als Schuldner zu schwach sind, um Kredite der IBRD zu erhalten. Über die Hälfte der IDA-Leistungen geht an Afrika südlich der Sahara. Der typische **IDA-Kredit ist zinslos** und hat eine Laufzeit von 40 Jahren mit 10 tilgungsfreien Jahren – IDA verlangt allerdings eine Verwaltungsgebühr (*service charge*) von 0,75% der ausgezahlten Summe. Das Zuschusselement eines solchen Kredits – sein rechnerischer Unterschied zu Marktdarlehen – liegt bei rund 60%.

Um die Schuldentragfähigkeit ihrer Partner nicht zu gefährden, gewährt IDA 20% ihrer gesamten Finanzierungsleistungen als Zuschüsse (*debt sustainability grants*). Danach erhalten Länder mit hohem Überschuldungsrisiko nur Zuschüsse und keine Kredite. Länder mit mittlerem Überschuldungsrisiko bekommen nur die Hälfte ihrer IDA-Leistungen als Zuschüsse und die andere Hälfte als Kredite. Allerdings soll kein Partner der IDA aus seinem Überschuldungsrisiko unangemessene Vorteile ziehen. Deshalb haben die oben umrissenen Zuschüsse jeweils geringere Beträge als entsprechende Kredite.

IDA leitet die Höhe ihrer Finanzierungsleistungen an einen Partner (Länderquote, *country allocation*) jedes Jahr aus einer Formel ab, in der dessen Leistung (*performance*) – neben der Größe seiner Bevölkerung

und dem Erfolg seiner bisher laufenden IDA-Vorhaben – die entscheidende Rolle spielt.

Neben reinen IDA-Empfängerländern und reinen IBRD-Empfängerländern gibt es zusätzlich eine kleine Gruppe von etwa 15 Ländern, die sowohl IBRD- als auch IDA-Mittel in Anspruch nehmen können (sog. „Blend Countries“). Hierzu zählen derzeit u. a. Indien und Pakistan.

Bisher sind 32 Länder aus der Gruppe der IDA-Länder in diejenige der IBRD-Länder aufgestiegen, darunter Südkorea, die Türkei, Ägypten und zuletzt im Jahr 1999 China. Leider gibt es auch Länder, die aufgrund eines wirtschaftlichen Niedergangs aus der Gruppe der IBRD-Kreditnehmer in diejenige der IDA-Kunden zurückfallen, so etwa Simbabwe.

IDA und IBRD vergeben im Wesentlichen **zwei Arten von Krediten an Regierungen** von Entwicklungsländern: Investitionskredite zur Finanzierung bestimmter Projekte (*Investment Lending*), z. B. im Infrastrukturbereich, sowie Finanzierungen von Reformprogrammen im Rahmen von direkter Budgethilfe (*Development Policy Lending*). Bei der heutigen Budgethilfe (eine Fortentwicklung der früheren Struktur Anpassungsdarlehen) handelt es sich um allgemeine Finanzhilfen für die Umsetzung sektoraler oder gesamtwirtschaftlicher Reformen. Dabei vereinbart die Bank mit der Partnerregierung Auszahlungsbedingungen, die jeweils ihrem eigenen Reformprogramm entnommen sind. Gemeinsam mit anderen Budgethilfegebern überprüft die Bank regelmäßig, wie die Partnerregierung ihren Haushalt vollzogen hat, und zieht daraus Schlussfolgerungen für die künftige Zusammenarbeit. Ergänzend zu den Finanzierungen leisten IBRD und IDA auch technische Hilfe (*Technical Assistance*).

Internationale Finanz-Corporation / International Finance Corporation (IFC)



Gegründet im Jahr 1956 als eigenständige Tochter der Weltbank, hat IFC heute 179 Mitgliedstaaten. Deutschland ist Gründungsmitglied und gegenwärtig mit einem Anteil von 5,36% beteiligt. Seit ihrer

Gründung hat IFC rund US\$ 60 Mrd. an eigenen Mitteln investiert und zusätzlich weitere rund US\$ 30 Mrd. private Mittel durch Beteiligung an gemeinschaftlichen Kreditvergaben mehrerer Kreditgeber mobilisiert. IFC fördert die Entwicklung des **Privatsektors** in Entwicklungsländern. Sie gewährt langfristige Darlehen zu kommerziellen Bedingungen. Hinzu kommen Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien. Die Finanzierungskonditionen sind abhängig vom Risiko des Projektes (Länderrisiko und kommerzielles Risiko). Auf Eigenkapitalbeteiligungen erhält IFC gewinnabhängige Dividenden. Die Kapitalbeteiligungen werden nach einigen Jahren veräußert.

Ergänzend zu den Finanzierungen leistet IFC seit einigen Jahren verstärkt technische Hilfe (*Technical Assistance*) im Rahmen von Beratungsprogrammen. Diese wurden zunächst überwiegend aus freiwilligen Beiträgen bilateraler Geber finanziert, inzwischen aber zunehmend auch aus den Gewinnen der IFC. Die IFC wird seit 2006 von dem Schweden Lars Thunell im Range eines Executive Vice President geleitet.

Multilaterale Investitionsгарantie-Agentur / Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)



Die MIGA wurde 1988 als jüngste Tochter der Weltbankgruppe gegründet. Sie hat gegenwärtig 172 Mitgliedstaaten. Der deutsche Stimmrechtsanteil an MIGA beträgt aktuell 4,24%. Aufgabe von MIGA ist die **Förderung ausländischer Direktinvestitionen** in Schwellen- und Entwicklungsländern durch die **Absicherung** gegen politische Risiken wie Enteignung, Kriege und Bürgerkriege, Devisentransferbeschränkungen sowie Vertragsbruch seitens der Regierung des Investitionsstandorts. MIGA stellt darüber hinaus Informationen für Investitionsmöglichkeiten zur Verfügung und berät Regierungen hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen im eigenen Land.

**Internationales Zentrum zur Beilegung von
Investitionsstreitigkeiten / *International Center
for Settlement of Investment Disputes (ICSID)***



ICSID ist die kleinste Institution der Weltbankgruppe. Das Zentrum wurde 1966 gegründet und hat gegenwärtig 143 Mitgliedstaaten. Seine Aufgabe ist die Vermittlung bei der **Beilegung von Streitigkeiten** zwischen ausländischen Investoren und deren Gastländern. Darüber hinaus unterstützt ICSID durch Publikationen die Fortentwicklung von internationalem Investitionsrecht und Schlichtungsverfahren.

2

Weltbank/IWF Jahres- und Frühjahrstagung

Jahrestagung 2007

Die gemeinsame Jahrestagung von Weltbank und IWF fand 2007 in Washington statt. Beide Institutionen standen im Licht **personeller Veränderungen**. In der Weltbank leitete erstmals Robert B. Zoellick das Management der Bankengruppe. Beim IWF verabschiedete sich der Geschäftsführende Direktor, Rodrigo de Rato.

Vor dem Hintergrund der Kontroversen um Amtsvorgänger Paul Wolfowitz, der die Bank Ende Juni 2007 nach nur 2 Jahren Amtszeit vorzeitig verlassen musste, betonte Zoellick seine Vorstellungen von einer stärker lösungsorientierten Diskussionskultur in der Weltbank.

Die Tagung wurde von den **Turbulenzen an den US-Finanzmärkten** und der Sorge um ihre Ausweitung bestimmt. Mögliche Konsequenzen für Entwicklungs- und Transformationsländer sowie der Beitrag der Bank zur Abfederung von Härten beherrschten die Debatte.

Präsident Zoellick stellte den Gouverneuren seine Sicht einer nachhaltigen und inklusiven Globalisierung vor. Die Arbeit der Bank soll zukünftig **sechs strategischen Themen** folgen:

- Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern,
- Kooperation mit fragilen Staaten,
- Engagement in Mitteleinkommensländern,
- Förderung globaler öffentlicher Güter,

- Zusammenarbeit mit der arabischen Welt und
- Entwicklung wissensbasierter Produkte.

Zur Erreichung dieser Ziele müsse die Weltbankgruppe über einen wesentlich flexibleren Mix an Instrumenten verfügen und ihre Kapitalbasis effektiver nutzen. In der Diskussion des **Entwicklungsausschusses** bestand weitgehende Übereinstimmung, dass den **Aktivitäten der Weltbankgruppe in den ärmsten Entwicklungsländern** weiterhin höchste Bedeutung zukomme. Eine klare Strategie mit entsprechenden Auswirkungen auf das Budget der Weltbankgruppe wurde entgegen der Erwartung einiger Anteilseigner nicht vorgestellt. Vielmehr wurde mit der Festlegung der sechs Themen ein Prozess zur weiteren Konkretisierung auf Management- und Arbeitsebene in Gang gesetzt.

Angesichts der laufenden Verhandlungen zur **15. Wiederauffüllung von IDA** nutzte der Präsident die Diskussion, um von den Gebern hohe Beiträge einzufordern. Die Weltbankgruppe selbst hatte im Vorfeld der Tagung einen Eigenbeitrag aus Überschüssen von IBRD und IFC in Höhe von US\$ 3,5 Mrd. angekündigt. Die deutsche Gouverneurin, Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine finanzstarke Ausstattung von IDA für die Effizienz der Entwicklungsbemühungen aller Beteiligten von großer Bedeutung sei. Dabei sei es aus deutscher Sicht bedeutsam, dass Aspekte des **Klimaschutzes** und Fragen der **Gleichstellung von Mann und Frau** besser in die Arbeit von IDA integriert würden, um die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele („*Millennium Development Goals*“, MDG) wirkungsvoll voranzubringen.

Gemeinsam mit US-Finanzminister Paulson appellierte die deutsche Gouverneurin an die Anteilseigner der Bank, einer umgehenden **Entschuldung Liberias** zuzustimmen. Damit sollte dem Land die Möglichkeit eröffnet werden, nach langem Bürgerkrieg neue Kredite für eine Stabilisierung der Wirtschaft in Anspruch zu nehmen. Die Forderung wurde von IWF und Weltbank im Anschluss an die Jahrestagung umgesetzt.

Frühjahrstagung 2008

Die gemeinsame Frühjahrstagung 2008 von IWF und Weltbank stand im Zeichen der dramatischen Entwicklungen auf den Weltmärkten, insbesondere des Preisanstiegs bei **Nahrungsmitteln und Erdöl**, und ihrer Auswirkungen auf viele Entwicklungsländer. Zeitgleich zur Frühjahrstagung war es u. a. in Haiti zu Unruhen wegen der erhöhten Nahrungsmittelpreise gekommen.

Die Weltbank wurde aufgefordert, den am stärksten betroffenen Ländern gezielt zu helfen. Dies zum einen durch unmittelbare Hilfsmaßnahmen, insbesondere für die Ärmsten, zum zweiten durch Unterstützung bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern. Die Weltbank kündigte an, den Mitteleinsatz für Agrarentwicklung in Afrika kurzfristig von ca. US\$ 450 Mio. auf ca. US\$ 800 Mio. zu erhöhen. Frühzeitig rief der Präsident der Weltbank zu einem „**New Deal for Global Food Policy**“ auf, der von vielen Mitgliedern des Entwicklungsausschusses begrüßt wurde.

Nicht einig waren sich die Mitglieder des DC über die Bedeutung der Ausweitung von **Biokraftstoffen** für die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise. Insgesamt überwog eine kritische Haltung. Die deutsche Gouverneurin trat für ein Moratorium ein, bis die Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion besser analysiert seien. Diese Forderung basierte auf den Angaben des International Food Policy Research Institutes (IFPRI), dass ca. 30–70% der Preissteigerungen von Nahrungsmitteln auf die massive Ausweitung der Agrarkraftstoffproduktion zurückzuführen seien.

Das Jahr 2008 ist Halbzeit bei der Erreichung der aus dem VN-Millenniumsgipfel 2000 hervorgegangenen **Millenniums-Entwicklungsziele (MDG)**. Deutschland hob mit anderen Mitgliedstaaten hervor, dass besonders die Verwirklichung der MDG zur **Mütter- und Kindersterblichkeit** weit hinter den gesetzten Zielen zurückbleiben und daher eines besonderen Engagements bedürfen. Damit verbunden war die besondere Aufmerksamkeit für das Thema „Gleichstellung von Frauen“.

Zweites zentrales Thema der Tagung war der **Klimawandel**. Erstmals fand vor der regulären Sitzung des Entwicklungsausschusses ein sog. „Bali-Frühstück“ statt, um eine ausführlichere Diskussion des Themas Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen. Die deutsche Gouverneurin führte in die Thematik ein. Das Format des Bali-Frühstücks, benannt nach der Weltklimakonferenz in Bali 2007, soll in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Die Weltbank legte den ersten Entwurf eines **Strategischen Rahmenwerks zu Klimawandel und Entwicklung** (SFCCD) vor und kündigte eine Schlussfassung für die Jahrestagung 2008 an. In der Debatte betonten alle Beteiligten den politischen Vorrang des Verhandlungsprozesses bei den Vereinten Nationen.

3

Deutsche Schwerpunktthemen in der Weltbank

Das Geschäftsjahr 2008 war in der Weltbankgruppe von einem starken Bedürfnis nach **Konsolidierung** geprägt. Nach dem personellen Wechsel an der Spitze stand eine strategische Orientierung der Bankengruppe unter dem neuen Präsidenten an. Dieser nutzte die Arbeiten des Chefökonomens, die unter Paul Wolfowitz begonnen hatten, als Grundlage für seine **sechs strategischen Themen** (s. a. Kapitel 2 unter „Frühjahrstagung 2008“). Die Wolfowitz-Krise und Zoellicks Orientierungsphase haben Mitarbeiter, Management, Board und Entwicklungsausschuss erheblich beschäftigt. Letztlich zeigte sich, dass die neuen Orientierungen keinen Strategiewechsel der Bank definieren, sondern die Anpassungen an die sich verändernden globalen Rahmenbedingungen formulieren.

Stärker haben die konkreten Ereignisse des Geschäftsjahres die Tätigkeit der Bankengruppe bestimmt. Zum einen die von den US-Finanzmärkten ausgehende **Finanzkrise**, zum anderen die zugespitzte Situation auf den **Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkten** waren von einschneidender Bedeutung für die Arbeit in der Weltbank. Der Umgang mit dem **Klimawandel** ist zwar keine neue, aber immer bedeutendere Aufgabe für die Weltbankgruppe. Für Deutschland ebenfalls bedeutsam sind die Themen „**Gender**“ (Bundesministerin Wieczorek-Zeul ist Schirmfrau des Gender-Aktionsplans der Weltbank) und „**Voice**“ (Stärkung der Beteiligungsrechte von Transformations- und Entwicklungsländern). Schließlich war der **Weltentwicklungsbericht 2009** zum Thema der räumlichen Dimension von Entwicklung ein außerordentlich wichtiger Beitrag zur entwicklungspolitischen Debatte. Die Bundesregierung und das Büro

des deutschen Exekutivdirektors teilten zwar nicht alle Ansichten, begrüßten aber die ausgezeichnete Arbeit der Weltbank als zentraler Impulsgeber bei der Analyse und Entwicklung von Lösungsansätzen.

In das Geschäftsjahr 2008 fällt der erfolgreiche Abschluss der IDA15-Wiederauffüllungsverhandlungen mit der letzten Verhandlungsrunde in Berlin. Dabei standen aus deutscher Sicht folgende Themen im Mittelpunkt: Gender, Klima, fragile Staaten, Rolle der IDA im Zusammenspiel der Geber, Armutsfolgenabschätzung (PSIA) sowie regionale Integration.

3.1 Klimawandel

Der Klimawandel betrifft die Entwicklungsländer und somit die Arbeit der Weltbank. So unterstützt die Weltbank einerseits betroffene Länder dabei, mit den Folgen des Klimawandels besser fertig zu werden („Anpassung“ bzw. „*Adaptation*“ an den Klimawandel), andererseits berät sie die fortgeschritteneren Länder (d. h. Schwellenländer mit signifikantem CO₂-Ausstoß) beim Umstieg auf klimafreundliche und nachhaltige Energieformen zur Reduktion ihres CO₂-Ausstoßes („Vermeidung“ bzw. „*Mitigation*“).

Unter dem neuen Präsidenten versucht die Bank, ihr bereits bestehendes Instrumentarium zu bündeln, und ist bestrebt, eine **institutionelle Führungsrolle** in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel zu übernehmen. Mit Blick auf die kommende Jahrestagung 2008 laufen die Arbeiten an einem **Strategischen Rahmenwerk zu Klimawandel und Entwicklung** (*Strategic Framework on Climate Change and Development*, SFCCD). Dabei bildet die Einordnung der Aktivitäten der Bank in bereits bestehende Initiativen auf internationaler Ebene eine Herausforderung. Zu betonen ist, dass die Entwicklung eines Rahmenwerks der Aktivitäten der Weltbank den Verhandlungsprozess eines **Kyoto-Nachfolgeabkommens** (Bali-Prozess) weder ersetzt noch behindern soll. Auch sollen bereits existierende institutionelle Rahmenwerke wie die Globale Umweltfazilität (*Global Environment Facility*, GEF) nicht geschwächt werden.

Die strategischen Säulen sind:

- **Minderung und Anpassung** werden als zentrale und integrale Bestandteile aller Entwicklungsbemühungen identifiziert,
- Die Erschließung **zusätzlicher Finanzmittel** wird als unabdingbar gesehen,
- Dem **Privatsektor** wird in den Bereichen Adaption und Mitigation eine zentrale Rolle zugesprochen,
- Die Entwicklung und der Transfer **neuer Technologien** werden als relevante Förderbereiche verstanden,
- **Wissensmanagement und Kapazitätsentwicklung** werden als zentrale Aufgaben im Klimaschutz identifiziert.

Deutschland unterstützt nachdrücklich die Bestrebungen der Bank, auf die Herausforderungen des Klimawandels mit einer umfassenden Strategie zu reagieren, die sowohl dem Klimawandel als auch dem Entwicklungsauftrag der Institution gerecht wird. In den zurückliegenden Tagungen des Entwicklungsausschusses hat Bundesministerin Wieczorek-Zeul immer wieder auf die **Zusammenhänge zwischen Klimaveränderung und Armutsbekämpfung** hingewiesen, insbesondere in der aktuellen Nahrungsmittelkrise. Dabei gestalten sich die Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung des strategischen Rahmenwerks der Weltbank ähnlich schwierig wie die Prozesse im Rahmen der Vereinten Nationen. Grundlegende Fragestellungen wie die Verantwortung für den Klimawandel und seine Bekämpfung, die Finanzierungsquellen für Maßnahmen zur Anpassung und Vermeidung sowie die Rolle der Weltbank bei der Förderung bestimmter Formen der Energieerzeugung, einschließlich der Atomenergie, werden zwischen den Anteilseignern der Weltbank kontrovers diskutiert.

3.2 Anstieg der Nahrungsmittel- und Erdölpreise

Die seit dem Jahr 2002 anhaltende Preissteigerung bei Nahrungsmitteln erreichte 2008 einen neuen Höhepunkt. Der Preisindex des IWF für international gehandelte Nahrungsmittel

stieg im Zeitraum 2002 bis Juni 2008 um 130 Prozent. Diese rapiden Preiserhöhungen bedrohen die Nahrungsmittelsicherheit in Entwicklungsländern und damit auch die bisherigen Fortschritte bei der Erreichung der MDG. Es wird prognostiziert, dass die hohen Preise für viele pflanzliche Erzeugnisse mittelfristig (bis etwa 2015) anhalten werden.

Für steigende Nahrungsmittelpreise sind mehrere sich gegenseitig verstärkende Faktoren verantwortlich:

- Zunehmende Nutzung von Getreide und Pflanzenöl für die **Produktion von Biokraftstoffen, die durch Subventionen verstärkt wird**;
- **Kontinuierliche Abwertung des US\$**;
- Rückgang der **Investitionen in die Landwirtschaft** in Entwicklungsländern über die zurückliegenden Jahre;
- **Gestiegene Energiepreise** und die damit verbundenen erhöhten Kosten für Landbearbeitung, Dünger, Bewässerung sowie Transport;
- **Steigende Nachfrage nach Fleischprodukten** insbesondere in Schwellenländern (z. B. China), die einen überproportionalen Bedarf an Getreide mit sich bringt;
- Globale **Klimaveränderung** und die daraus folgende Verschiebung von Regenzeiten und Verringerung von Niederschlagsmengen;
- Hohes **Bevölkerungswachstum**;
- Kurzfristiger **Exportstopp** einiger wichtiger Nahrungsmittelexporteure zu Beginn der Krise (z. B. Indien, Ägypten und Vietnam);
- **Spekulationen** bei börsengehandelten Nahrungsmitteln.

Steigende Nahrungsmittelpreise haben viele Auswirkungen. Sie gefährden nicht nur direkt die Nahrungsmittelsicherheit, sondern tragen auch zur **Inflation** bei und schmälern so die Kaufkraft einkommensschwacher Haushalte. Des Weiteren können sie die regionalen und sozialen **Ungleichheiten** innerhalb von Ländern erhöhen. Dies wiederum schafft soziale Spannungen, die sich bisweilen in gewaltsamen Unruhen entladen. Schließlich sind die so genannten „verletzlichen Gruppen“ einer Gesellschaft – Frauen,

Kinder, Behinderte und ethnische Minderheiten – besonders betroffen. Grundsätzlich ist der Einkommensanteil, den arme Menschen für Nahrungsmittel ausgeben, besonders hoch. Damit können sie Preissteigerungen kaum durch verändertes Konsumverhalten auffangen. Vor allem Kinder sind durch Mangel- bzw. Fehlernährung von der Krise betroffen. Dies beeinträchtigt die Entwicklung künftiger Generationen, mit negativen Folgen für die langfristige Entwicklung dieser Länder.

Die Nahrungsmittelkrise hat eine bedeutende **Gender-Dimension**. Zum einen werden Frauen und Mädchen in vielen Ländern bei der Lebensmittelverteilung innerhalb des Haushalts benachteiligt. Zum anderen sind sie in vielen Gesellschaften für die Nahrungsbeschaffung verantwortlich, haben oftmals aber kaum Kontrolle über familiäre Ressourcen. So haben Frauen im Vergleich zu Männern nur begrenzten Zugang zu Land, Saatgut, Werkzeugen und landwirtschaftlichen Beratungsdienstleistungen. In der Folge produzieren Frauen vornehmlich für den unmittelbaren Eigenverbrauch der Familie, während Männer so genannte *Cash Crops* für den Export anbauen (z. B. Kaffee, Orangen). Die Weltbank geht davon aus, dass die Erträge in der afrikanischen Landwirtschaft durch eine Umverteilung von Ressourcen innerhalb des Haushalts von Männern zu Frauen um etwa 20% gesteigert werden könnten.

Auch von den steigenden **Ölpreisen** werden Entwicklungsländer in stärkerem Maße belastet als Industrieländer. Steigende Energiepreise erhöhen die Kosten für die Produktion von Nahrungsmitteln. Allerdings sind die Auswirkungen steigender Nahrungsmittelpreise für die Armen fünf Mal so stark wie die Auswirkungen steigender Energiepreise. Jedoch begrenzen hohe Erdölpreise oft den Handlungsspielraum von Regierungen im Umgang mit der Nahrungsmittelkrise.

Beitrag der Weltbank

Die Weltbank trägt im Rahmen des so genannten „*New Deal on Global Food Policy*“ zur Linderung der Krise bei. Dieser „New Deal“ beinhaltet kurz- sowie mittel- bis langfristige Maßnahmen.

Als **kurzfristige Maßnahme** hat das Exekutivdirektorium der Weltbank im Mai 2008 ein Sofortmaßnahmenpaket verabschiedet (sog. „**Global Food Crisis Response Program** (GFRP)“). Das Paket beschreibt eine breite Palette von Maßnahmen, die den Partnerländern der Bank im Umgang mit der Nahrungsmittelkrise zur Verfügung stehen:

- **Nahrungsmittelpreispolitik und Marktstabilisierung,**
- **Soziale Sicherung** und Abfederung der negativen Auswirkungen der Krise auf die Ärmsten, z. B. *Food for Work* Programme,
- Förderung der Landwirtschaft und damit **Erhöhung der einheimischen Nahrungsmittelproduktion,**
- Kommunikation, Monitoring und Evaluierung.

Die Bank bietet Unterstützung sowohl durch politische Beratungsleistungen als auch in Form finanzieller Mitteln (Budgethilfe oder Investitionsprojekte).

Um es der Weltbank zu ermöglichen, zügig und flexibel auf die Bedürfnisse der Partnerländer zu reagieren, sieht das Programm die **Beschleunigung von Verfahren** für Zuschüsse und Kredite von den üblichen 6–8 Monaten auf wenige Wochen vor. Dies soll erreicht werden durch:

- die Delegation von Entscheidungsbefugnissen an die Geschäftsführung,
- die Beschleunigung von internen Verfahrensfristen,
- die zeitliche Verlagerung von Safeguard-Prüfungen (z. B. müssen Umweltauswirkungen nicht vor, sondern erst während der Projektimplementierung analysiert werden),
- sowie, sofern möglich, die Ergänzung laufender Vorhaben in anderen Sektoren um ein passendes Ernährungselement (z. B. Schulspeisungskomponente in einem Grundbildungsprogramm).

Das Exekutivdirektorium hat diesen Änderungen zugestimmt, allerdings mit dem Hinweis, dass solche Verfahrensänderungen eine Ausnahme bleiben und die Bank eine offene Informationspolitik bei

den so finanzierten Vorhaben leisten muss. Dies auch, um eine bestmögliche Koordinierung mit anderen Gebern, vor allem den für Ernährungsfragen zuständigen VN-Organisationen (WFP, FAO), zu ermöglichen. Zur Finanzierung sollen von 2008 bis 2011 insgesamt US\$ 1,2 Mrd. aus drei Quellen bereitgestellt werden:

- IBRD-Gewinntransfers von US\$ 200 Mio. in einem **Treuhandfonds** (*Food Price Crisis Response Trust Fund*), dessen Mittel den ärmsten und am stärksten betroffenen Staaten zu Gute kommen sollen;
- **Reprogrammierung** bestehender IDA-Zusagen und IBRD-Kredite;
- Zusätzlich hat die Weltbank einen *Multi Donor Trust Fund* geschaffen, in den bislang US\$ 50 Mio. eingezahlt wurden.

Die Beiträge der Weltbank werden eng mit der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit koordiniert, die den Landwirtschaftssektor in zahlreichen Partnerländern seit langem unterstützt.

Als **mittel- und langfristige Maßnahme** will Weltbank-Präsident Zoellick die **IDA- und die IBRD-Ausleihungen für Landwirtschaft** von insgesamt etwa US\$ 2,3 Mrd. pro Jahr in den letzten zehn Jahren auf US\$ 6 Mrd. in den kommenden Geschäftsjahren erhöhen. Die IDA-Ausleihungen für Landwirtschaft in Afrika sollen von US\$ 450 Mio. pro Jahr während der Laufzeit von IDA14 (Geschäftsjahre 2006 bis 2008) auf US\$ 800 Mio. pro Jahr während IDA15 (Geschäftsjahre 2009 bis 2011) erhöht werden.

Neben IBRD und IDA spielt auch die IFC beim Umgang mit der Nahrungsmittelkrise durch die Bereitstellung von Krediten an Unternehmen im ländlichen Raum, durch die Förderung von Versicherungsprodukten und Vermarktungsketten oder durch die Finanzierung von Nahrungsmittelproduzenten eine zentrale Rolle.

3.3 Umsetzung des Weltbank Gender-Aktionsplans

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele – insbesondere Armutsreduzierung und Gleichberechtigung – bedürfen der **Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben**. Zahlreiche Studien belegen: eine stärkere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben bzw. ein höheres Einkommen trägt zur Armutsreduzierung, zur Verbesserung der Ausbildung und Gesundheit von Kindern, zur Eingrenzung von HIV/AIDS und zu höherem Wirtschaftswachstum bei.

Die Weltbank hatte im Jahr 2002 die Strategie „*Integrating Gender into the World Bank's Work: A Strategy for Action*“ verabschiedet. Seitdem hat die Bank vor allem in den Sektoren Gesundheit und Bildung zufrieden stellende Ergebnisse erzielt. Zum Beispiel war in 90% aller Weltbankprojekte in diesen beiden Sektoren eine Gleichstellungskomponente integriert. In den Sektoren Landwirtschaft, Privatwirtschaft, Finanzen und Infrastruktur (Energie, Transport, Bergbau, Wasser und Abwasser) war die Weltbank bislang jedoch weniger erfolgreich.

Anfang 2007 lancierte die Weltbank daher den **Gleichstellungs-Aktionsplan** (*Gender Action Plan*, GAP) mit dem Titel „*Gender as Smart Economics*“. Ziel ist die Ausweitung der wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen in den Partnerländern der Weltbank. Dies unterstützt sowohl die Erhöhung des Wirtschaftswachstums in den Ländern als auch die Chancen auf eine Erreichung von MDG 3 (Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau). Der Aktionsplan verpflichtet die Weltbank, sich gemeinsam mit den Empfängerländern, anderen Gebern und dem Privatsektor in stärkerem Maße für die Gleichstellung von Frauen in den Produktivsektoren zu engagieren.

Obwohl der Aktionsplan vorrangig eine Starthilfe zur Verankerung von *Gender Equality* in der operativen Arbeit der Weltbank ist, soll er letztlich auch zu einer nachhaltigen Programm- und Politikänderung führen. Die Umsetzung des Plans wird sowohl aus dem Budget der Weltbank (bislang US\$ 12 Mio.) als auch mit Mitteln der Geber

(aktuell US\$ 25 Mio.) finanziert. Dabei können Arbeitseinheiten Mittel aus dem GAP beantragen, um genderspezifische Forschungsarbeiten durchzuführen oder Aspekte der Gleichstellung in die Projektarbeit zu integrieren.

Fortschrittsbericht zum Gender Action Plan

Im Frühjahr 2008 diskutierte das Exekutivdirektorium den ersten **Fortschrittsbericht zum GAP**. Laut diesem Bericht haben die GAP-Mittel eine beachtliche Nachfrage innerhalb der Bank zur Integration von Gender-Aspekten in Weltbankprojekte und zur Erstellung von genderspezifischen Forschungsarbeiten, Statistiken und Wirkungsanalysen geschaffen. So wurden von 171 eingereichten Vorschlägen 71 Projekte ausgewählt, zum Beispiel für:

- Integration von Genderfragen bei der Umsetzung der Empfehlungen des Weltbankentwicklungsberichts 2008 zur Landwirtschaft;
- Verbesserung von Landrechten für Frauen in Honduras;
- Zugang von Frauen zu Land und Arbeitsrechten in Kenia;
- Erhebung von nach Geschlechtern unterschiedenen Daten zur Migration.

Das Ziel der Weltbank, mehr für die Gleichstellung zu tun, ist im ersten Jahr der Umsetzung des GAP erreicht. Nun gilt es, die Resultate des GAP in das laufende Geschäft der Bank zu integrieren. Eine **strategischere Auswahl** der zu finanzierenden Projekte ist wichtig, um mess- und vorzeigbare Resultate zu erzielen. Außerdem sind für eine nachhaltige Wirkung nicht nur genderspezifische Analysen und Statistiken erforderlich, sondern auch die Integration der Genderperspektive in bestehende Instrumente der Weltbank (z. B. in *Investment Climate Assessments, Country Assistance Strategies, Public Expenditure Reviews etc.*).

Gender als wichtiges Thema auf der Frühjahrstagung 2008

Im Rahmen der Frühjahrstagung 2008 wurden unter dem Titel „*Ways to Bridge Gender Gaps*“ zwei Aktionsfelder des GAP vorgestellt und diskutiert: die **Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe von Mädchen** sowie die **Förderung von Unternehmerinnen** durch den Abbau von gesetzlichen und regulatorischen Beschränkungen. Weltbank-Präsident Zoellick verpflichtete sich zur Umsetzung von **Six Commitments on Gender Equality**:

1. **Stärkere Integration von Gender in Projekte im Bereich Landwirtschaft/ländliche Entwicklung** bis Ende 2010. Zum Beispiel soll der Anteil der gendergerechten Weltbankprojekte in Afrika von 37% im Jahr 2005 auf dann mindestens 50% steigen.
2. **Vergabe von Krediten in Höhe von mindestens US\$ 100 Mio.** an kommerzielle Banken zur Weitergabe an Unternehmerinnen bis 2012 (dies ist ein neues IFC-Programm).
3. **Berichte aller Länderdirektoren** über aktuelle Aktivitäten der Weltbank auf Länderebene und weitere Ansatzpunkte zur Steigerung der wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen und Mädchen in den Partnerländern der Bank.
4. **Erhöhung der IDA-Investitionen im Bereich Gleichstellung der Geschlechter.** So wird am Ende der Laufzeit von IDA15 überprüft werden, in welchem Umfang IDA-Mittel in den Bereich *Gender Mainstreaming* geflossen sind. Diese Verpflichtung der Bank geht auf die Initiative von Bundesministerin Wieczorek-Zeul zurück.
5. **Organisation einer Veranstaltung mit Führungskräften aus dem Privatsektor**, um das Thema „Wirtschaftliche Beteiligung von Frauen“ zu stärken.
6. Vorstellung eines **Arbeitsprogramms zum Thema „Young women count for economic development“**.

Die Aufnahme von genderspezifischen Fragen in die reguläre Datenerhebung für den **Doing Business Report** ab 2008 geht auf eine Initiative der Bundesministerin zurück. Dies schließt beispielsweise die Frage ein, ob Frauen bei der Gründung eines Unternehmens die

Zustimmung des Ehemannes benötigen. Außerdem wird im Herbst 2009 ein gesonderter Bericht mit dem Titel „*Women’s Economic Opportunities*“ erscheinen. Er enthält Fallstudien über erfolgreiche Unternehmerinnen und eine Analyse über Hindernisse für Frauen, die unternehmerisch tätig sein möchten.



Frühjahrstagung 2008 – Sideevent zu Gender

Darüber hinaus setzt sich Deutschland dafür ein, die Gleichberechtigung von Frauen auch in anderen Bereichen der Weltbank strategisch zu verankern, z. B. in IDA15 (siehe das vierte Commitment von Weltbank-Präsident Zoellick) oder im Rahmen der Weltbank-/G8-Initiative „*Making Finance Work for Africa*“ (MFW4A), mit dem Ziel, die **Finanzsektorentwicklung in Afrika** voranzutreiben und mehr Haushalten und Unternehmen einen Zugang zu Finanzdienstleistungen zu gewähren. Diese Initiative schließt gezielt Frauen ein.

3.4 Neuordnung der Beteiligungs- und Stimmrechte

Im Geschäftsjahr 2008 wurde die immer wieder eingeforderte Debatte um die **Neuordnung der Beteiligungs- und Stimmrechte** der Transformations- und Entwicklungsländer unter dem Fachbegriff „*Voice and Participation*“ konkretisiert. Seit vielen Jahren beschäftigten sich sowohl der Board als auch der Entwicklungsausschuss der Gouverneure mit dieser Frage. Auslöser für die erneute Befassung in der Weltbank war der **Beschluss des IWF** im Rahmen der Frühjahrstagung 2007, die Stimmrechte von Transformations- und Entwicklungsländern um 2,7% zu erhöhen. Vorab wurden selektiv die Anteile der extrem unterrepräsentierten Länder China, Korea, Mexiko und Türkei auf ein ihrem Gewicht in der Weltwirtschaft entsprechendes Stimmrecht angehoben. Zudem wurde eine **Verdreifachung der Basisstimmrechte** beschlossen (diese waren beim IWF wie auch der Weltbank im Zuge des Beitritts neuer Mitglieder und erfolgter Kapitalerhöhungen stark zurückgegangen). Der Board des IWF hat darüber hinaus zur Stärkung der zwei Exekutivdirektoren der Staaten Afrikas südlich der Sahara die Ausweitung von deren Büros um einen weiteren stellvertretenden Exekutivdirektor (sog. „*Alternate Executive Director*“) beschlossen.

Der Beschluss im IWF hat dazu beigetragen, dass der Entwicklungsausschuss in seinem **Abschlusscommuniqué der Frühjahrstagung 2008** einen konkreten Zeitplan für die Reform in der Weltbank festlegen konnte. Danach ist der Board aufgefordert, bis zur Jahrestagung im Oktober 2008 konkrete Umsetzungsoptionen vorzulegen, die – nach Erörterung durch die Gouverneure – auf der Frühjahrstagung 2009 beschlossen werden sollen.

Der Ausgang dieses Verfahrens ist wegen kontroverser Positionen der Mitgliedstaaten noch offen. Einige Grundelemente der Reform scheinen jedoch kompromissfähig. So soll die Präsenz der Staaten **Afrikas südlich der Sahara** im Board der Bank erhöht werden. Die extrem hohe Zahl der Mitgliedstaaten der beiden afrikanischen Stimmrechtsgruppen (24 und 26 Staaten) kann damit reduziert und die Informationsflüsse und Entscheidungsbeteiligungen verbessert werden. Auch sind sich alle Mitgliedstaaten einig, dass eine **Erhöhung**

der Basisstimmrechte erfolgen sollte, um den kleineren Anteilseignern ein höheres Stimmgewicht in der Bank zu verschaffen. Darüber hinaus fordert ein großer Teil der Mitgliedstaaten, die bestehende – nicht vertraglich geregelte – Tradition zu durchbrechen, dass ausschließlich den USA das **Vorschlagsrecht für den Präsidenten** zukommt. Weitere Punkte der Debatte schließen die Frage nach einer notwendigen weiteren **Dezentralisierung** der Bank, der **Steigerung der Effizienz** von Management- und Entscheidungsprozessen sowie des **Anteils von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Transformations- und Entwicklungsländer** im Management der Weltbankgruppe ein.

Grundsätzlich unterstützt die **Bundesregierung** die Forderung, dass die Struktur von Weltbank und IWF der Verschiebung der ökonomischen Gewichte in der Weltwirtschaft Rechnung tragen muss – bei gleichzeitiger Sicherung einer angemessenen Repräsentanz der armen Entwicklungsländer. Dies ist notwendig, um die Glaubwürdigkeit und Legitimität von Weltbank und IWF zu sichern. Gleichzeitig muss erwartet werden, dass gewichtige Entwicklungsländer mehr Verantwortung für die Lösung globaler Herausforderungen – einschließlich der **Armutsbekämpfung** – übernehmen. Ihre neue Verantwortung sollte sich in den an IDA geleisteten Beiträgen widerspiegeln, wie auch in der Lastenübernahme bei grenzüberschreitenden Problemstellungen wie Umwelt- und Klimaschutz.

3.5 Weltentwicklungsbericht 2009

Der 31. Weltentwicklungsbericht (*World Development Report, WDR*) unter dem Titel „Reshaping Economic Geography“ analysiert die regionale **Verteilung von Wachstum und Entwicklung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene**.

Der Bericht stellt fest, dass im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung ein **räumlicher Konzentrationsprozess** stattfindet. In der Folge bilden sich wirtschaftliche Zentren, was zwangsläufig zu einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Produktion führt:

- **Agglomeration** führt zur Konzentration von Unternehmen und Kapital in Landesteilen, die günstig gelegen sind (Nähe zum Meer oder zu anderen großen Städten),
- **Migration** führt zur Wanderung von Arbeitern in Landesteile, in denen sie potenziell produktiver sind,
- **Spezialisierung** führt dazu, dass ein Land das produziert, was es am besten kann.

Wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungszentren kann dabei stimulierend auf ihre weniger entwickelte Umgebung wirken. Diese Entwicklung kann durch eine gezielte Förderung der **wirtschaftlichen Integration**, der im WDR eine zentrale Rolle zugeschrieben wird, unterstützt werden. Dafür stehen drei Politikinstrumente zur Verfügung:

- **Institutionen**, von denen alle Landesteile gleichermaßen profitieren sollten (z. B. Regulierung von internationalem Handel und Märkten für Land und Arbeit, Grundschulbildung, Gesundheit, Wasser und Elektrizität),
- **Infrastruktur**, mit der die Entfernungen innerhalb eines Landes durch verbesserte räumliche Verbindungen verkürzt werden (z. B. mit Straßen, Schienen und Telekommunikation) und
- **Anreize**, mit denen räumlich gezielte Regulierungen und Investitionen ermöglicht werden (z. B. Schaffung und Förderung von Exportzonen, Verbesserung der Lebensbedingungen in Slums oder die gezielte wirtschaftliche Förderung strukturschwacher Landesteile).

Mit der wirtschaftlichen Integration sollen **drei räumliche Transformationen** erreicht werden. Diese sind wie folgt definiert:

- **Dichte (Density)**; damit ist die Konzentration wirtschaftlicher Aktivität gemeint, die naturgemäß in Städten höher ist als in ländlichen Gegenden. Daher ist die Dichte auf **lokaler Ebene** die für die Entwicklung wichtigste Dimension.

- **Entfernung (Distance)**; dies beschreibt die Kosten, die entstehen, um zu Entwicklungszentren zu gelangen. Dabei spielen neben der räumlichen Entfernung Faktoren wie schlechte Infrastruktur eine entscheidende Rolle. Die Entfernung ist entscheidend für den Marktzugang und mithin den Wohlstand eines Landesteils. Die Verringerung von Entfernungen ist daher die wichtigste Herausforderung auf **nationaler Ebene**.
- **Trennlinien (Division)**; darunter werden die sozialpolitischen Gegebenheiten innerhalb eines Landes bzw. länderübergreifend erfasst wie z. B. Unterschiede in Sprachen, ethnischer Zugehörigkeit und Religionen. Diese können Barrieren für den wirtschaftlichen Austausch von Ländern, aber auch innerhalb eines Landes begründen. Die Überwindung von Trennlinien hat auf **internationaler Ebene** bzw. in einer Weltregion eine besondere Bedeutung.

Die Dichte wird durch **Agglomeration** gefördert. Sie ermöglicht zusätzliche Erträge bzw. Einsparungen bei Firmen, die auf ihre Größe bzw. ihre Nähe zu anderen Unternehmen zurückzuführen sind. Dabei sind günstige Bedingungen für eine Firmensiedlung, etwa die Nähe zu einem Hafen und die Bereitstellung von Schulen und anderen öffentlichen Dienstleistungen, von Bedeutung. **Standortvorteile** entstehen, wenn sich mehrere Firmen der gleichen Branche an einem Ort ansiedeln. Diese Orte sind zumeist größere Städte, die ein höheres Arbeitsangebot aufweisen. Industrieinterne Innovationen können sich an solchen Orten schneller verbreiten. Infolge weiteren Wachstums einer Stadt können Standortvorteile auch aufgrund einer Konzentration verschiedener Industrien entstehen. Beispielsweise können viele Industriezweige zusammen von einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld, einem effizienten Finanzsektor, einer guten Infrastruktur und einem hohen Bildungsstand profitieren.

Agglomeration wird durch **Migration** beschleunigt. Je größer die Mobilität der Arbeitskräfte, die unter anderem auch vom Bildungsstand abhängig ist, desto schneller ziehen Menschen in wirtschaftlich erfolgreiche Gebiete, um damit ihre Produktivität (und mithin ihr Einkommen) zu erhöhen. Dabei findet der weitaus größte Teil der Migration auf nationaler Ebene statt.

Sinkende **Transport- und Kommunikationskosten** haben den Konzentrationsprozess wirtschaftlicher Produktion auf nationaler Ebene verstärkt. Diese Entwicklung ist seit dem 19. Jahrhundert zu beobachten. Vor allem Länder, die in regionale und globale Märkte integriert sind (Europa, Nordamerika, Nordostasien), profitieren hierbei. Deswegen ist es wichtig, auch in Entwicklungsländern Transport- und Kommunikationskosten zu senken und deren regionale und globale Integration voranzutreiben.

Auf nationaler Ebene ist eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Entwicklungszentren und wirtschaftlich weniger entwickelten Landesteilen ein vorrangiges Ziel. Dabei hängt die Art der zu ergreifenden Politikmaßnahmen von der Verteilung der armen Bevölkerung im Land ab. Sie sollten aber grundsätzlich immer die **Integration** von wirtschaftlich führenden und wirtschaftlich weniger entwickelten Landesteilen fördern. Aus dieser Analyse folgen **Politikempfehlungen**, die Prioritäten für unterschiedliche Typen von Ländern definieren:

- In **Ländern mit dünn besiedelten wirtschaftlich schwächeren Gegenden** wie etwa Russland und China sollte der Fokus auf institutionellen Maßnahmen zur Erleichterung der Migration bzw. zur Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Bereitstellung von grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen liegen.
- In **Ländern mit dicht besiedelten wirtschaftlich schwächeren Gegenden** wie Brasilien, Bangladesch, Thailand und Ägypten sollten institutionelle Aktivitäten durch infrastrukturelle Maßnahmen ergänzt werden. Eine Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung an Entwicklungszentren des Landes würde neben der Migration auch den Zugang zu Märkten in wirtschaftlich schwächeren Landesteilen für Firmen aus Entwicklungszentren erleichtern.
- In **Ländern, die sowohl dicht besiedelte wirtschaftlich schwache Gegenden** als auch eine **ethnisch und sprachlich heterogene Bevölkerungsstruktur aufweisen** wie Indien und Nigeria, könnten institutionelle und infrastrukturelle Maßnahmen alleine unzureichend sein. Diese sollten durch räumlich gezielte Maßnahmen wie die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, die Verbesserung des

Investitionsklimas und Subventionen ergänzt werden. Betont wird, dass diese nur als Ergänzung zu institutionellen und infrastrukturellen Maßnahmen dienen könnten. Die Förderung der Wirtschaft in strukturell schwachen Gebieten ohne Verbesserung der Institutionen bzw. der Infrastruktur hat in der Regel keine Chancen auf Erfolg.

Auch **auf internationaler Ebene** ist **Integration** der Schlüsselbegriff. Länder sollten sich entweder unmittelbar in den Weltmarkt integrieren oder dies mittelbar über eine regionale Wirtschaftsintegration tun. Dabei sollten sie die Attraktivität ihrer Märkte für Investoren in dem Sinne steigern, dass sie als Erweiterung der großen Märkte gesehen werden.

Länder, die sich in Nachbarschaft großer Länder, aber in großer Entfernung zum Weltmarkt befinden, sollten zunächst mittels Reformen den intraregionalen Handel fördern und dann die infrastrukturelle Anbindung an wirtschaftlich führende Länder und den Weltmarkt ausbauen. Dies ermöglicht eine Spezialisierung, die letztlich die Wettbewerbsfähigkeit steigert. Für **kleine Länder, die isoliert vom Weltmarkt sind**, ist eine enge regionale, weit über den Handel hinausgehende Integration und Kooperation unabdingbar. Aufgrund der oftmals ungleichmäßig verteilten Gewinne und Verluste kann darüber hinaus ein länderübergreifender Kompensationsmechanismus notwendig sein. Ergänzt werden könnte dies durch einen präferenziellen Marktzugang für Exporte aus Entwicklungsländern zu den Märkten der entwickelten Länder.

4

Deutsche in der Weltbank

4.1 Deutsches Personal in der Weltbankgruppe

Der Anteil der deutschen Experten in der Weltbank belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 3,4% (152 Personen) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Damit wurde der bisher höchste deutsche Personalanteil in der Bank erreicht. Der positive Trend hat sich damit verstetigt. Deutschland hat die höchste Wachstumsrate des Personalanteils in der Weltbankgruppe (vgl. Tabelle).

Internationales Personal in gehobenen Positionen in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten (Auszug)

	Größe des internationalen Personals – gehobene Positionen			Personalanteil in %		
	2007	2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	2007	2008	IBRD-Kapitalanteil
	Gesamt	4424	4426	+0%	100,0	100,0
USA	1084	1078	-0,6%	24,5	24,3	16,86
Japan	94	96	+2,1%	2,1	2,2	7,87
Deutschland	141	152	+7,8 %	3,2	3,4	4,49
UK	229	230	+0,4 %	5,2	5,2	4,31
Frankreich	215	222	+3,3 %	4,9	5,0	4,31
Kanada	160	152	-5,0 %	3,6	3,4	2,79
Italien	108	115	+6,5 %	2,4	2,6	2,79

Quelle: Weltbank (2008): Interne Angaben der Personalabteilung

Dieses Ergebnis ist auch auf die Bemühungen des deutschen Büros, die intensive Betreuung der deutschen Personalförderprogramme und die Aktivitäten von BMZ und Auswärtigem Amt zurückzuführen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2008 hatte die **Weltbankgruppe 11.164 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** (Anstieg um 140 Personen gegenüber 2007). Diese Zahl erfasst reguläres Personal mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (*Short-Term Consultants*).

Die Weltbank unterscheidet zwischen internationalen und nationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Internationale Mitarbeiter werden weltweit rekrutiert, sie erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen, z. B. für Umzug und Neuansiedlung. Nationale Mitarbeiter werden vor Ort angeworben, in der Regel als *Support Staff*. In der Zentrale in Washington arbeiteten zum Ende des Geschäftsjahres 2008 insgesamt 4.440 (2007: 4.426) internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach dem einschneidenden Stellenabbau im Rahmen der Budgetkonsolidierung im Jahre 2001 bestätigen diese Daten im sechsten Jahr in Folge einen leichten Personalanstieg. Lokal wurden insgesamt 6.724 Personen rekrutiert.

Betrachtet man die internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter dem Aspekt der Nationalität, dominieren mit 1.078 Personen (24,3%) weiterhin deutlich die US-Amerikaner, obwohl die USA nur über einen IBRD-Kapitalanteil von 16,9% verfügen. Die Statistik ist jedoch unzulänglich, da jene Personen, die neben ihrer ursprünglichen auch die US-amerikanische Staatsangehörigkeit besitzen, ausschließlich als US-Bürger ausgewiesen werden.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat die deutsche Seite – im Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren – immer wieder eine größere **Diversifizierung** (*Diversity*) in der Weltbankgruppe gefordert.

Der Begriff „Diversifizierung“ bezieht sich nicht nur auf ein ausgeglichenes Verhältnis der Herkunftsstaaten. Er beinhaltet außerdem auch die Rekrutierung aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen), den Einsatz vielfältiger Berufsprofile (dem breiten Tätigkeitsspektrum der Weltbank entspre-

chend) und die Einstellung unabhängig von Geschlecht und Herkunft. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium überwacht, zeigt bisher aber nur mäßige Erfolge. Dies liegt auch an der weitgehenden Dezentralisierung der Einstellungsverfahren, die es der Personalabteilung schwer macht, übergreifende Anforderungsprofile durchzusetzen. Mit der Einrichtung einer Direktorenstelle für *Diversity* und einer von der Personalabteilung vergebenen Überbrückungsfinanzierung (und dem damit erzielten Mitspracherecht bei der Bewerberauswahl) soll diesem Ziel Nachdruck verliehen werden. Der Anteil von Frauen am international angeworbenen Personal ist im Geschäftsjahr 2008 erneut nur leicht (von 35,1% im Vorjahr auf 35,9%) gestiegen.

Ziel für die nächsten Jahre wird es daher bleiben, mit Hilfe der deutschen Personalprogramme, gezielter Informationsveranstaltungen der Bundesregierung sowie durch die Unterstützung individueller Bewerbungen den deutschen Personalanteil in der Weltbank zu steigern.

Um in Deutschland das Interesse für eine Tätigkeit bei der Weltbank zu erhöhen, wurde auch im Geschäftsjahr 2008 unter Beteiligung der Weltbank, des Auswärtigen Amtes und des deutschen Exekutivdirektors ein ***Worldbank Recruitment Workshop*** in Berlin durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden interessierte deutsche Nachwuchskräfte sowie die Gruppe der *Mid-career*-Personen über Einstellungsverfahren und -voraussetzungen sowie Karrieremöglichkeiten in der Weltbank informiert. Das deutsche Büro wird darauf drängen, dass diese erfolgreiche Veranstaltung auch zukünftig jährlich organisiert und durchgeführt wird.

Überblick der Personalprogramme

Die vier mit der Weltbank vereinbarten **Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils** erfreuen sich weiterhin großer Nachfrage:

Beigeordnete Sachverständige oder ***Junior Professional Program***: Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997

auf die Weltbank ausgedehnt worden. Im Geschäftsjahr 2008 wurden erneut drei junge Mitarbeiter in strategisch interessanten Positionen finanziert. So können junge Berufstätige bis zu einem Alter von 32 Jahren für zwei bis drei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der Weltbank auf Kosten der Bundesregierung eingesetzt werden und erhalten so eine gute Startposition für einen Anschlussvertrag. Das **Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO)** in Bonn ist auf der deutschen Seite für die organisatorische und technische Betreuung des Programms zuständig. Die endgültige Kandidatenauswahl liegt bei der Weltbank, wobei eine Vorauswahl der Kandidaten unter Beteiligung des BMZ, des BFIO sowie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik erfolgt. Darüber hinaus wird von den angenommenen Bewerbern erwartet, innerhalb des ersten Jahres einen Kurzeinsatz im BMZ, der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu absolvieren, um so die Kontakte zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Weitere Informationen zum Programm sowie Hinweise zum Bewerbungsschluss finden sich auf www.arbeitsagentur.de/bfio.

Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte **Nationale Expertenprogramm** wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die KfW, die GTZ, die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute ausgedehnt. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter bezahlt; die Weltbank übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten). Bis Ende des Geschäftsjahres 2008 waren drei Deutsche zur Weltbank entsandt.

Austauschprogramm mit der Wirtschaft und Internationalen Institutionen: Drei deutsche Unternehmen bzw. Institutionen (Siemens, Deutsche Bank, Bayerisches Wirtschaftsministerium) beteiligten sich an dem von Präsident Wolfensohn initiierten Austauschprogramm. Im Geschäftsjahr 2008 befanden sich insgesamt zwei Mitarbeiter von diesen Unternehmen in der Weltbank.

Das *Junior Professional Associates Program* der Weltbank ist ein im Jahr 2001 initiiertes neues Förderprogramm der Bank. Es wendet sich primär an Studienabgänger, die nicht älter als 29 Jahre sind, mindestens das Äquivalent eines *Bachelor Degree* besitzen und gleichzeitig relevante praktische Erfahrung nachweisen können. *De facto* finden sich allerdings vermehrt Master-Absolventen unter den *Junior Professional Associates*. Die Anstellung ist streng auf zwei Jahre befristet, doch es besteht die Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe. Im Geschäftsjahr 2008 wurden sechs deutsche *Junior Professional Associates* eingestellt.

4.2 Kontakte mit Parlamenten und Zivilgesellschaft

Die Pflege von Außenbeziehungen und die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit der Weltbank haben in der Arbeit des deutschen Büros einen hohen Stellenwert. Dabei spielen die Kontakte zum **Deutschen Bundestag, Landesregierungen, Parlamenten der Länder, Nichtregierungsorganisationen und Politischen Stiftungen** eine besondere Rolle.

Der **Deutsche Bundestag** entsendet während der Jahrsversammlung traditionell eine Parlamentarierdelegation, die sich aus Mitgliedern des Haushalts-, Finanz- und Entwicklungsausschusses des Bundestages zusammensetzt. Darüber hinaus bot sich im Geschäftsjahr 2008 die Gelegenheit zur inhaltlichen Diskussion mit mehreren Parlamentsdelegationen und einzelnen Abgeordneten des Bundestages, die Washington besuchten. Auch eine Parlamentariergruppe des Bayerischen Landtags informierte sich über den aktuellen Stand entwicklungspolitischer Fragestellungen, insbesondere die Auswirkungen der Preisentwicklungen bei fossilen Brennstoffen und Nahrungsmitteln sowie der laufenden Finanzkrise.

Vertreterinnen und Vertreter von **Nichtregierungsorganisationen** und der **Kirchen** standen auch im Berichtsjahr im regen Austausch mit dem deutschen Büro. Themen wie Klimawandel, Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer, Mikrokredite, die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Rolle der Weltbank und der Bundesregierung standen im Mittelpunkt des Austauschs.

Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung ist die Grenzziehung zwischen nationalen und internationalen Problemstellungen kaum mehr möglich. Zu globalen Fragen pflegt das Büro den Austausch mit den in Washington vertretenen deutschen **Politischen Stiftungen**, wie auch mit zahlreichen amerikanischen „**Think-Tanks**“, die sich mit entwicklungspolitischen Themen auseinandersetzen (insbes. Brookings Institution und Center for Global Development).

4.3 Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Deutsche Unternehmen nahmen hinsichtlich Aufträgen der Weltbank über die letzten Jahre den ersten Platz unter den OECD-Ländern ein, gefolgt von französischen und britischen Unternehmen. Insgesamt spielt die Weltbank jedoch eine eher bescheidene Rolle für die Erschließung neuer Märkte. Für einzelne international agierende und konkurrenzfähige deutsche Unternehmen ist die Weltbank allerdings ein wichtiger Partner.

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors ist **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**, die in Washington durch den BDI vertreten und durch bfai über Weltbankausschreibungen unmittelbar informiert ist.

Ein 2003 gegründeter Wirtschaftsarbeitskreis vertritt als informeller Zusammenschluss die Interessen der in Washington angesiedelten Verbands-, Consulting- und Industrievertreter. Ziel der regelmäßigen Treffen ist ein Informationsfluss in beide Richtungen. Ein wichtiges Thema auch in diesem Geschäftsjahr war die Diskussion über die verstärkte Anwendung ländereigener Systeme für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen und über die Konsequenzen, die sich daraus für die Unternehmen ergeben. Das Thema wird auch im laufenden Geschäftsjahr 2009 auf der Agenda der Weltbank und des deutschen Büros bleiben. (Für konkrete Ansprechpartner s. Vademecum des Büros des Deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank).

5

Weltbankgruppe – Geschäftstätigkeit 2008

5.1 IBRD (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 1)



Im Geschäftsjahr 2008 sind die Kreditneuzusagen (*Commitments*) der IBRD gegenüber dem Vorjahr leicht auf US\$ 13,5 Mrd. gestiegen. **Regional** lag wie im Vorjahr Lateinamerika mit 32% der Neuzusagen an der Spitze, gefolgt von Europa (Ost- und Südosteuropa) mit knapp 28% und Ostasien mit rund 20%. Es folgten Südasien mit 11%, der Nahe Osten mit rund 9% und Afrika mit 0,2% der Mittel. **Sektoral** an der Spitze der Neuzusagen lagen die Bereiche Transport und Wasserversorgung, gefolgt von Energie und Bergbau sowie Wirtschaftspolitik.

Die Auszahlungen von IBRD-Mitteln blieben mit gut US\$ 10,5 Mrd. geringfügig unter dem Vorjahreswert. Damit ist das IBRD-Kreditportfolio erneut leicht geschrumpft.

Im Geschäftsjahr 2008 erzielte die IBRD einen Nettogewinn in Höhe von rund US\$ 2,23 Mrd. Hierbei handelt es sich jedoch nicht allein um den Gewinn aus dem Kreditgeschäft von IBRD. Zinsen und Gebühreneinnahmen reichen in der Regel nicht aus, um die Refinanzierungskosten, Kreditausfälle und den Verwaltungsaufwand (der auch die Beratungsleistungen der IBRD umfasst) von ca. US\$ 1 Mrd. pro Jahr abzudecken. Der Jahresüberschuss ergibt sich vielmehr primär aus der Verzinsung des Eigenkapitals von IBRD in Höhe von rund US\$ 36 Mrd. Vorbehaltlich der Zustimmung der Gouverneure soll der größte Teil des Überschusses der IBRD wie in früheren Jahren zur Stärkung des Eigenkapitals und für einen Transfer an IDA eingesetzt werden.

5.2 IDA (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 2)



Im Geschäftsjahr 2008 sind die Neuzusagen von IDA (konzessionäre Darlehen und Zuschüsse) gegenüber dem Vorjahr zwar von US\$ 11,9 auf US\$ 11,2 Mrd. gesunken, die IDA-Auszahlungen stiegen aber von US\$ 8,6 auf US\$ 9,2 Mrd.

Regional entfiel wie schon in den Vorjahren der größte Anteil der Neuzusagen mit 50% auf Afrika sowie 24% auf Südasien, 16% auf Ostasien, 4% auf Europa und Zentralasien, 2% auf die Länder Nordafrikas und des Nahens Ostens sowie knapp 3% auf Lateinamerika/Karibik.

Sektoral lagen bei den Neuzusagen die Bereiche Wirtschaftspolitik (16%), ländliche Entwicklung (14%) und Transport (14%) vorne, gefolgt von Energie/Bergbau (10%) und Bildung (9%).

5.3 IFC (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 3)



In 2008 setzte sich die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Es wurden Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von US\$ 11,4 Mrd. neu zugesagt (US\$ 8,2 Mrd. in 2007).

Der **Jahresüberschuss** betrug im Geschäftsjahr 2008 robuste US\$ 1,5 Mrd., blieb jedoch unter dem Rekordergebnis des Vorjahres (US\$ 2,5 Mrd.). Zu dem guten Ergebnis trugen maßgeblich die Erträge aus Beteiligungen, dem Darlehensgeschäft und – trotz der Turbulenzen auf dem Finanzmarkt – der Anlage liquider Vermögenswerte (*Liquid Assets*) bei. In 2008 wurden US\$ 500 Mio. an IDA abgeführt sowie US\$ 123 Mio. aus eigenen Mitteln für Beratungsleistungen aufgewendet. Der überwiegende Teil des Jahresüberschusses wurde wie in den Vorjahren für die Stärkung der Eigenkapitalbasis verwendet. Das Exekutivdirektorium hat einem **Transferprogramm an IDA** grundsätzlich zugestimmt, das vorsieht, aus den bis 2010 erwirtschafteten Mitteln insgesamt US\$ 1,25 Mrd. an IDA15 zu übertragen. Im Geschäftsjahr 2009 sollen hierfür US\$ 450 Mio. transferiert werden.

Schwerpunkte der **regionalen Neuzusagen** waren Lateinamerika/Karibik mit 26%, gefolgt von Südeuropa/Zentralasien und dem

Mittleren Osten/Nordafrika, beide jeweils mit 13%. Nach starker Steigerung in den Vorjahren sanken die Zusagen für Subsahara-Afrika um 5% auf 12%.

Sektoral verzeichnete der Finanzsektor mit 40% auch im Geschäftsjahr 2008 den höchsten Anteil an den Neuzusagen. Die IFC hat in diesem Bereich komparative Vorteile. Dennoch ist diese starke Konzentration unter Risikoaspekten nicht unbedenklich.

Auf der Basis einer soliden wirtschaftlichen Ausgangssituation verfolgt die IFC eine **Strategie des kontrollierten Wachstums**. Hierbei sollen zwischen 2009 und 2011 die auf Grund des hohen Wachstums der letzten Jahre notwendigen internen Konsolidierungsprozesse sowie eine moderatere Erhöhung der Zusagen umgesetzt werden.

Die **mittelfristige Geschäftsstrategie der IFC** umfasst folgende fünf Säulen:

- Fokussierung auf „**Frontier Markets**“ (IDA-Länder und benachteiligte Regionen in „Mittleinkommensländern“) sowie **Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen**,
- Förderung **langfristiger Partnerschaften** mit strategischen Geschäftspartnern in Entwicklungsländern (insbesondere bei Süd-Süd-Projekten),
- Förderung des **Klimaschutzes** und von Aktivitäten im Hinblick auf **ökologische und soziale Nachhaltigkeit**,
- Unterstützung des Privatsektors bei **Infrastruktur- und Bildungsvorhaben** sowie im **Gesundheitswesen**,
- **Entwicklung lokaler Finanzmärkte**.

Insbesondere die Zusagen im Bereich **Klimaschutz** sollen erhöht werden. Von der Gesamtzahl der Projekte soll bis 2011 mindestens die Hälfte in **IDA-Ländern** umgesetzt werden. Hierfür wurden bereits verschiedene Maßnahmen für eine engere Koordinierung und Zusammenarbeit von IFC und IDA eingeleitet. Um mehr Märkte und Partner schneller und effizienter erreichen zu können, wird die **Dezentralisierung des Personals** fortgesetzt. Aktuell arbeiten 53% der IFC-Mitarbeiter in sog. *Field Offices* in 83 Ländern, 47% der Mitarbeiter sind in der Zentrale in Washington beschäftigt.

Die Umsetzung der vorgegebenen Ziele lässt sich nur durch einen erhöhten Verwaltungs- und Personalaufwand erreichen. Die Zahl der **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von IFC** ist im Geschäftsjahr 2008 um rund 6% auf 3.325 angestiegen, das genehmigte Verwaltungsbudget für das Geschäftsjahr 2009 beträgt rund US\$ 672 Mio., eine Steigerung von 12% gegenüber dem Vorjahr.

5.4 MIGA (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 4)



MIGA hat im Geschäftsjahr 2008 Garantien zur Deckung politischer Risiken im Wert von **US\$ 2,1 Mrd. für 24 Projekte** vergeben. Damit ist die Geschäftstätigkeit volumenmäßig stark (um 22%) gestiegen, bei einer niedrigeren Anzahl von Projekten (US\$ 1,4 Mrd. für 29 Projekte im Vorjahr).

Brutto beträgt das Garantievolumen derzeit US\$ 6,5 Mrd. Allerdings trägt MIGA die Risiken nie allein, sondern beteiligt immer kommerzielle Mitversicherer und Rückversicherer an den gedeckten Risiken. Unter Berücksichtigung dieser Mit- und Rückversicherung beträgt das **Netto-Garantieportfolio** US\$ 3,6 Mrd. (im Vorjahr US\$ 3,2 Mrd.).

Trotz boomender Auslandsinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern **stagnierte** das Geschäftsvolumen von MIGA zwischen 2000 und 2007 bei einer Größenordnung von jährlich US\$ 1,2 Mrd. –US\$ 1,4 Mrd. für jeweils rund 30–40 Projekte. Angesichts privater Nettokapitalflüsse aus Industriestaaten in Schwellen- und Entwicklungsländer in einer Größenordnung von ca. US\$ 480 Mrd. im Kalenderjahr 2005 erscheint das Geschäftsvolumen von MIGA in den letzten Jahren bescheiden. Die deutliche Steigerung der neu vergebenen Garantien im Geschäftsjahr 2008 ist daher begrüßenswert. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Jahr ein Ausnahmefall ist oder ob die in jüngerer Zeit initiierten Maßnahmen des MIGA-Managements zur Ausweitung der Geschäftstätigkeit erfolgreich sind.

In qualitativer Hinsicht ist bedenklich, dass MIGA sich wieder in hohem Maße auf eine Region (Osteuropa), einen Sektor (den Finanzsektor) und einzelne Kunden konzentriert.

Sektoral entfiel im Geschäftsjahr 2008 der größte Anteil der Garantievergabe auf den Finanzsektor (60%), mit weitem Abstand gefolgt vom Infrastrukturbereich (36%).

Ein deutlicher Unterschied zu privatwirtschaftlichen Versicherungen besteht darin, dass MIGA nur sehr **wenige Schadensfälle** zu regulieren hat. Dies gilt auch für das Geschäftsjahr 2008, in dem Prämien- und Gebühreneinnahmen von US\$ 38,9 Mio. (Netto) keine nennenswerten Zahlungen für Schadensfälle gegenüberstanden. MIGA profitiert davon, dass Konfliktfälle, die MIGA besicherte Investitionen betreffen, im Regelfall einvernehmlich gelöst werden, wobei die Zugehörigkeit zur Weltbankgruppe offenkundig eine hilfreiche Rolle spielt.

Die **aktuelle Geschäftsstrategie** von MIGA ähnelt derjenigen von IFC: Förderung von Infrastruktur, Engagement in *Frontier Countries* (Hochrisikoländern, Konfliktländern, Niedrigeinkommensländern) sowie Förderung von Investitionen aus Entwicklungsländern in Entwicklungsländer („Süd-Süd-Investitionen“).

5.5 Treuhandfonds und weitere Aktivitäten

Mit den sog. **Treuhandfonds** (*Trust Funds*) hat die Weltbankgruppe in den letzten Jahren ein breites Geschäftsfeld erschlossen. In diesen Fonds verwaltet die Weltbank zweckgebundene Zuschüsse von Gebern.

Ende des Geschäftsjahres 2008 verwaltete die Weltbankgruppe **1.021 Treuhandfonds in Höhe von US\$ 26,3 Mrd.** (23% Anstieg gegenüber Vorjahr). Die Auszahlungen aus diesen Fonds sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 16% auf US\$ 6,7 Mrd. angestiegen.

Die größten und bekanntesten sind der „Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria“ (GFATM), die „Global Environment Facility“ (GEF), „Carbon Finance“, der HIPC-Treuhandfonds, die „International Finance Facility for Immunisation“ und die länderbezogenen Treuhandfonds für Irak und Afghanistan.

Positiv ist zu bewerten, dass durch Treuhandmittel die Arbeitskapazitäten und Expertise einer etablierten Institution genutzt werden und der Aufbau weiterer zusätzlicher Entwicklungsinsti-

tationen vermieden wird. Treuhandfonds ermöglichen es, Gebermittel für bestimmte Zwecke zu mobilisieren und zu *poolen* und damit Transaktionskosten zu reduzieren. Gerade für kleinere Geberländer ohne eigene Durchführungsinstitutionen können Treuhandfonds ein effizienter und effektiver Weg sein, Mittel für Entwicklungszwecke bereitzustellen.

Kritisch hingegen sind die rasche Zunahme und die hohen Volumina der Treuhandfonds zu bewerten: Hierdurch werden Arbeitskapazitäten gebunden, die für das „Kerngeschäft“ der Weltbank nicht mehr zur Verfügung stehen. Zudem können die jeweiligen Geber durch die thematische Zweckbestimmung der Fonds in zunehmendem Maße an den zuständigen Gremien (Gouverneursrat und Exekutivdirektorium) vorbei Einfluss auf die „Agenda“ der Weltbank nehmen. Außerdem wurde in der Vergangenheit bei Treuhandmitteln ein höherer Anteil von Beanstandungen registriert als bei „regulären“ IDA- und IBRD-Mitteln.

Vor diesem Hintergrund wurde im Herbst 2007 ein neues **Rahmenwerk für Treuhandfonds** verabschiedet. Dessen Kernelemente sind die bessere Einbindung der Fonds in das Mandat und die Strategie der Weltbank, die Einführung verbesserter Kontrollsysteme sowie das Erreichen einer höheren Effizienz und Nachhaltigkeit. In diesem Zusammenhang soll die Mindestgröße von Treuhandfonds der Weltbank auf US\$ 1 Mio. erhöht werden, um eine Ausweitung von verwaltungsintensiven Kleinstmaßnahmen zu verhindern.

Weitere Aktivitäten der Weltbank

Neben dem Kernbereich der Investitionsfinanzierung ist die Weltbank in einem breiten Spektrum **weiterer Aktivitäten** engagiert. Hierzu zählen insbesondere die **Entwicklungsländerforschung** (im Internet unter www.worldbank.org → Rubrik *Data & Research*), das breite **Fortbildungsangebot** des *World Bank Institute* (www.worldbank.org/wbi), zahlreiche **Publikationen** (www.worldbank.org/reference) sowie **Konferenzen**.

Im Bereich des *Economic and Sector Work* wurden im vergangenen Jahr insgesamt rund 1.000 Studien erstellt. Einen besonderen Stellenwert hierbei haben die **Länderstrategien** (*Country Assistance Strategies, CAS* oder *Country Partnership Strategies, CPS*). Ausgehend von der Entwicklungsstrategie des jeweiligen Landes, legen diese für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren Ausrichtung und Umfang der Unterstützung seitens der Weltbank fest. Das Exekutivdirektorium der Weltbank diskutiert jährlich rund 30 bis 40 derartige Länderstrategien. In zunehmendem Maße wird neben IBRD oder IDA auch IFC in die Erstellung gemeinsamer Strategien der gesamten Weltbankgruppe eingebunden, um Synergien nutzbar zu machen. Zudem wird verstärkt versucht, die Länderstrategien ergebnisorientiert zu gestalten, um die Wirksamkeit der Strategien überprüfen zu können und diese zu verbessern.

Anlage 1

Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in 2007 und 2008 (in US\$)

	Geschäftsjahr 2007				Geschäftsjahr 2008			
	Ausleihvolumen		Auszahlungen		Ausleihvolumen		Auszahlungen	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	37	0,3	32	0,3	30	0,2	42	0,4
Ostasien/Pazifik	2807	21,9	2358	21,3	2677	19,9	2401	22,9
Europa/Zentralasien	3340	26,0	2457	22,2	3714	27,6	2696	25,7
Lateinamerika/Karibik	4353	33,9	3525	31,9	4353	32,3	3210	30,6
Mittl. Osten/Nordafrika	692	5,4	1477	13,4	1203	8,9	966	9,2
Südasien	1600	12,5	1206	10,9	1491	11,1	1175	11,2
Summe	12829	100	11055	100	13468	100	10490	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	1546	12,0	985	8,9	268	2,0	1044	10,0
Wirtschaftspolitik	1278	10,0	1235	11,2	1740	12,9	1722	16,4
Bildung	507	3,9	1000	9,0	412	3,1	569	5,4
Energie und Bergbau	432	3,4	775	7,0	2225	16,4	951	9,1
Umwelt	356	2,8	136	1,2	629	4,7	353	3,4
Finanzmanagement	0	0	0	0	75	0,6	75	0,7
Finanz- und Privatsektorentwicklung	1497	11,7	1573	14,2	1670	12,4	1160	11,1
Kommunikation/ Technologie	0	0	2	0	0	0	1	0
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	520	4,1	563	5,1	311	2,3	433	4,1
Armutsbekämpfung	530	4,1	530	4,8	0	0	0	0
Governance öffentl. Sektor	172	1,3	262	2,4	1389	10,3	328	3,1
Soziale Entwicklung	100	0,8	97	0,9	50	0,4	129	1,2
Soziale Sicherung	474	3,7	901	8,1	184	1,4	283	2,7
Transport	3261	25,4	1953	17,7	2719	20,2	1974	18,8
Städtische Entwicklung	578	4,5	506	4,6	1123	8,3	644	6,1
Wasser	1578	12,3	537	4,9	673	5,0	824	7,9
Summe	12829	100	11055	100	13468	100	10490	100

Anlage 2

Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in 2007 und 2008 (in US\$)

	Geschäftsjahr 2007				Geschäftsjahr 2008			
	Ausleihvolumen		Auszahlungen		Ausleihvolumen		Auszahlungen	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	5760	48,5	3852	44,9	5657	50,4	4848	52,9
Ostasien/Pazifik	1237	10,4	853	9,9	1791	15,9	1111	12,1
Europa/Zentralasien	422	3,6	479	5,6	457	4,1	526	5,8
Lateinamerika/Karibik	200	1,7	158	1,8	307	2,7	159	1,7
Mittl. Osten/Nordafrika	216	1,8	194	2,3	267	2,4	137	1,5
Südasien	4032	34,0	3043	35,5	2756	24,5	2379	26,0
Summe	11867	100	8579	100	11235	100	9160	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	1430	12,1	1125	13,1	1586	14,1	1140	12,4
Wirtschaftspolitik	645	5,4	579	6,7	1815	16,2	1696	18,5
Bildung	1526	12,9	1080	12,6	1017	9,0	603	6,6
Energie und Bergbau	1005	8,5	514	6,0	1131	10,1	660	7,2
Umwelt	5	0	86	1,0	106	0,9	68	0,7
Finanzmanagement	33	0,3	0	0	11	0,1	1	0,0
Entwicklung des Finanz- und Privatsektors	550	4,6	370	4,3	295	2,6	474	5,2
Kommunikation/ Technologie	204	1,7	16	0,2	7	0,1	20	0,2
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	1404	11,8	804	9,4	445	4,0	739	8,1
Arbeitsbekämpfung	1071	9,0	910	10,6	355	3,2	529	5,8
Auftragsvergabe	0	0	0	0	24	0,2	3	0,0
Governance öffentl. Sektor	484	4,1	677	7,9	519	4,6	525	5,7
Soziale Entwicklung	163	1,4	143	1,7	195	1,7	203	2,2
Soziale Sicherung	323	2,7	469	5,5	546	4,8	539	5,9
Transport	1280	10,8	1028	12,0	1571	14,0	987	10,8
Städtische Entwicklung	895	7,5	370	4,3	908	8,1	510	5,6
Wasser	849	7,2	408	4,7	704	6,3	463	5,1
Summe	11867	100	8579	100	11235	100	9160	100

Anlage 3

Neuzusagen und Auszahlungen der IFC in 2007 und 2008 (in US\$)

	Geschäftsjahr 2007				Geschäftsjahr 2008			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	1380	17	400	7	1380	12	653	9
Lateinamerika/Karibik	1781	22	1401	24	2943	26	2179	29
Mittel-/Osteuropa	668	8	982	17	1178	10	1137	15
Mittl. Osten/Nordafrika	1217	15	452	8	1442	13	704	9
Ostasien/Pazifik	944	11	713	12	1634	15	1305	17
Südasiens	1073	13	712	12	1264	11	600	8
Südeuropa/Zentralasien	1118	14	1094	19	1502	13	842	11
Welt	39	0	86	1	56	0	119	2
Summe	8220	100	5840	100	11399	100	7539	100
b. Sektorale Aufteilung								
Land- & Forstwirtschaft	127	2	125	2	466	4	301	4
Öl, Gas & Bergbau	528	7	278	5	893	8	509	7
Versorgungswirtschaft	670	8	230	4	1628	14	753	10
Bau & Immobilien	90	1	7	0	330	3	134	2
Transport & Lagerhaltung	370	5	361	6	684	6	436	6
Nahrungsmittel & Getränke	518	6	350	6	244	2	404	5
Chemikalien	484	6	241	4	258	2	235	3
Nichtmetall-Mineralprodukte	441	5	196	4	288	3	218	3
Eisen- & Stahlprodukte	59	1	313	5	150	1	104	1
Zellstoff & Papier	193	2	100	2	0	0	173	2
Textilien, Bekleidung, Leder	54	1	22	0	106	1	68	1
Industrie- & Konsumgüterprodukte	142	2	63	1	192	2	168	2
Information	385	5	277	5	363	3	292	4
Finanzsektor und Versicherung	3400	41	2833	49	4605	40	3067	41
Investitionsförderung	278	3	193	3	527	5	213	3
Groß- & Einzelhandel	193	2	134	2	193	2	129	2
Dienstleistungen	3	0	4	0	3	0	3	0
Gesundheitswesen	137	2	65	1	285	3	162	2
Bildungswesen	34	0	11	0	41	0	3	0
Tourismus	114	1	38	1	143	1	167	2
Summe	8220	100	5841	100	11399	100	7539	100

Anlage 4

Neu vergebene MIGA-Garantien (brutto) in 2007 und 2008 (in US\$)

	Geschäftsjahr 2007		Geschäftsjahr 2008	
	Mio. US-\$	%	Mio. US-\$	%
a. Regionale Aufteilung				
Lateinamerika/Karibik	502	36,6	158	7,6
Afrika	311	22,7	218	10,4
Europa/Zentralasien	430	31,5	1255	59,8
Asien	125	9,2	36	1,7
Mittlerer Osten / Nordafrika			431	20,5
Summe	1368	100	2098	100
b. Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	494	36,2	757	36,1
Finanzsektor	472	34,5	1270	60,5
Tourismus/Dienstleistungen	4	0,3	41	2,0
Landwirtschaft & Fertigung	348	25,4	30	1,4
Öl, Gas & Bergbau	50	3,6	0	0
Summe	1368	100	2098	100

Anlage 5

Berichte

Global Monitoring Report – www.worldbank.org/gmr2008

World Bank Annual Report – <http://go.worldbank.org/KQ3OFFED90>

Doing Business Report – www.doingbusiness.org

World Development Report – www.worldbank.org/wdr/

Global Economic Prospects – www.worldbank.org/gep2008

Weltbankgruppe

IBRD/IDA – www.worldbank.org

IFC – www.ifc.org

MIGA – www.miga.org

ICSID – www.worldbank.org/icsid

Exekutivdirektorium – <http://boards.worldbank.org/public/eds/boards.nsf>

Andere Links

IWF – www.imf.org

BFIO – www.arbeitsagentur.de/bfio

bfai – www.bfai.de

BDI-Washington – www.rgit-usa.com

Deutsches Weltbankbüro



Dr. Michael Hofmann
Exekutivdirektor
Tel. 202.458.1183
mhofmann@worldbank.org



Dr. Ruediger von Kleist
Stellv. Exekutivdirektor
Tel. 202.458.1190
rvonkleist@worldbank.org



Uwe Gehlen
Senior Advisor
Tel. 202.458.8014
ugehlen@worldbank.org



Dr. Roger Fischer
Advisor
Tel. 202.458.8320
rfischer@worldbank.org



Qays Hamad
Advisor
Tel. 202.458.1181
qhamad@worldbank.org



Dr. Claudia Mueller
Advisor
Tel. 202.458.4825
cmueller@worldbank.org



Michael Brendle
Advisor
Tel. 202.458.1742
mbrendle@worldbank.org



Holger Illi
Advisor
Tel. 202.458.1182
hilli@worldbank.org



Brigitte Haghghi
Sekretariat
Tel. 202.458.1628
bhaghghi@worldbank.org



Daniela Sperco
Sekretariat
Tel. 202.458.1186
dsperco@worldbank.org



Julia Jeffrey
Sekretariat
Tel. 202.458.1125
jjeffrey@worldbank.org